

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0054/2016/BV

Datum:
19.02.2016

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

Sicherheitsaudit in Heidelberg

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 31. März 2016

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	02.03.2016	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	16.03.2016	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	23.03.2016	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat, der Durchführung eines Sicherheitsaudits in Heidelberg für eine Laufzeit von zwei Jahren und eines diesbezüglichen Vergabeverfahrens zuzustimmen. Der Sachaufwand für das Sicherheitsaudit beträgt voraussichtlich 200.000 €. Die Personalkosten für die Begleitung des Auditors betragen voraussichtlich 60.000 €/Jahr für die Dauer von 2 Jahren.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Sachaufwand	200.000 €
Personalkosten pro Jahr	60.000 €
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
<ul style="list-style-type: none">• Der im Jahr 2016 benötigte Sachaufwand wird aus dem laufenden Budget des TH 81 finanziert.	50.000 €
<ul style="list-style-type: none">• Der in den Jahren 2017/2018 benötigte Sachaufwand muss - unter der Voraussetzung der Finanzierbarkeit - in den Doppelhaushalt 2017/2018 aufgenommen werden.	150.000 €
<ul style="list-style-type: none">• Im Personalkostenbudget stehen keine entsprechenden Mittel zur Verfügung. Die Personalkosten müssen für die Dauer von zwei Jahren zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.	120.000 €

Zusammenfassung der Begründung:

Bei einem Sicherheitsaudit im Planungsablauf handelt es sich um eine systematische und unabhängige Ermittlung der möglichen Sicherheitsdefizite von Straßen. Aufgrund des tödlichen Unfalls eines 9-jährigen Jungen in der Theaterstraße möchte die Stadt Heidelberg zusätzlich ein Sicherheitsaudit (Betriebsaudit) an allen Schulen, Kitas und Kindergärten, Spielplätzen sowie an Senioreneinrichtungen durchführen, um die Verkehrssicherheit insbesondere für Kinder zu verbessern.

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 02.03.2016

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 2.03.2016

4.1 Sicherheitsaudit in Heidelberg Beschlussvorlage 0054/2016/BV

Bürgermeister Dr. Gerner eröffnet den Tagesordnungspunkt und weist auf die aktualisierte Anlage 01 zur Drucksache 0059/2016/BV hin, sowie den Sachantrag der GAL/HD Pflegen&erhalten (Anlage 03 zur Drucksache 0059/2016/BV).

Bürgermeister Dr. Gerner berichtet, dass mit dem Sicherheitsaudit die Verkehrssicherheit, insbesondere für Kinder verbessert werden solle. Ein externer Experte werde sämtliche potenzielle Gefahrenstellen in der Stadt rund um Kindergärten, Schulen, Spielplätze und Senioreneinrichtungen begutachten. Während den zwei Jahren werden die Maßnahmen, welche auf der Liste des Amtes für Verkehrsmanagement ausgewiesen sind, kurzfristig und zeitgleich umgesetzt, sofern sie im Haushalt hinterlegt sind. Die Liste wird permanent fortgeführt und aktualisiert sowie im Internet unter www.heidelberg.de zur Verfügung gestellt und um die Spalten „Ergebnis der Prüfung“ und „Umsetzung“ ergänzt.

Er erteilt Herrn Thewalt, Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement, das Wort. Dieser informiert den Ausschuss, dass die in der Tischvorlage befindlichen Meldungen sich zum Teil mit den Punkten decken, die das Amt für Verkehrsmanagement schon lange betrachtete. Mit dem Sicherheitsaudit sollen die Maßnahmen dahinter forciert und auch umgesetzt werden. Er betont, dass dies nicht während dem normalen laufenden Betrieb geht und deshalb eine zusätzliche Personalstelle notwendig sei. Es ist davon auszugehen, dass die Meldungen zahlenmäßig noch zunehmen werden. Die Liste umfasst Meldungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Institutionen seit Ende Januar. Diese sind in den letzten vier Wochen von 54 Meldungen auf 86 Meldungen gestiegen. Die Stadt Heidelberg möchte, dass Kinder zur Schule gehen können und das auch lernen. Hier gebe es bereits verschiedene Maßnahmen wie den laufenden Schulbus oder Kooperationen mit dem ADFC und der Polizei. Das Sicherheitsaudit solle auch überprüfen, ob Stellplätze in der Nähe von Schulen oder Kindergärten vorgehalten werden, aus denen die Kinder aussteigen können und den restlichen Weg zur Schule laufen. Ohne dass der Straßenverkehr und ohne dass das Kind gefährdet werde.

Herr Raab vom Amt für Verkehrsmanagement ergänzt, dass im Amt dokumentiert werde, wie der Verfahrensgang bei jeder einzelnen Maßnahme sein werde. Er betonte, dass die Rückmeldungen in Richtung Bürgerschaft sichergestellt seien.

Bürgermeister Dr. Gerner eröffnet die Aussprache:

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Föhr, Stadtrat Pfeiffer, Stadtrat Holschuh, Stadträtin Winter-Horn, Stadtrat Rothfuß, Stadtrat Dr. Weiler-Lorenz

Folgende Punkte werden angesprochen:

- Die Mitglieder des Ausschusses danken der Verwaltung für die Vorlage. Das Sicherheitsaudit sei eine wichtige Maßnahmen und klares Signal für die Sicherheit vor Schulen und Kindergärten sowie für die Menschen in Heidelberg.
- Ein institutionalisiertes Bürgerbeteiligungsverfahren, wie im Bezirksbeirat Altstadt diskutiert, werde nicht empfohlen, da dieses an bestimmte Verfahren und Regeln gebunden sei. Die niederschwellige Beteiligung, wie es schon in der vorliegenden Liste Niederschlag findet, solle weitergeführt werden, die Liste im Internet immer aktuell einsehbar sein.
- Die vorgelegte Liste werde begrüßt, da die Menschen die Möglichkeit haben die Problemstellen und Gefahren zu melden, mit welchen sie jeden Tag konfrontiert sind.
- Es wird mehrfach betont, dass trotz des sensiblen Themas Augenmaß beizubehalten sei. Heidelberg brauche weiterhin eine angemessene Mobilität für Radfahrer, Fußgänger aber auch Autofahrer. Um die Mobilität grundsätzlich aufrecht zu erhalten solle daher geprüft werden, ob Einschränkungen nicht zu bestimmten Tageszeiten erfolgen sollen.
- Die Mittel für wichtige Vorhaben müssen in Zukunft auch von Seiten des Gemeinderats freigegeben werden. Einige Wünsche der Kinderbeauftragten seien daran gescheitert, dass der Gemeinderat nicht genügend Geld für die Vorhaben bereitgestellt habe.
- Der Gemeindevollzugsdienst solle mehr Kontrollen im innerstädtischen Bereich, bei Geh- und Radwegen, vor Kitas und Schulen sowie Sportstätten zu den dort stark frequentierten Zeiten durchführen. Nur wenn Verstöße entsprechend sanktioniert werden, findet auch ein Umdenken bei den Beteiligten statt.
- Die Liste zeige, dass Heidelberg Tempo 30 in der Stadt realisieren solle.

Es wird kritisiert, dass die Leimenerstraße nicht in der vorgelegten Liste auftauche. Hier bestehe aufgrund des fehlenden Fußweges dringender Handlungsbedarf, was auch bei mehreren Begehungen festgestellt wurde. Ein fraktionsübergreifender Antrag hatte entsprechende Mittel bereitgestellt. Allerdings wurde die Maßnahme auf Anraten des Regierungspräsidiums noch nicht umgesetzt und auf die Abschlussrechnung des Sanierungsgebietes Ende 2016 verwiesen. Es solle daher eine Lösung gefunden werden, die kurzfristig realisiert werden kann, ohne dass eine komplette Umgestaltung der Straße abgewartet wird.

Bürgermeister Dr. Gerner sagt zu, dass der Sachverhalt geprüft und das Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss am 16.03.2016 vorgetragen werde.

Herr Raab ergänzt, dass die Liste im nächsten Schritt mit den Hotspotmeldungen der Kinderbeauftragten abgeglichen und gegebenenfalls ergänzt wird. Bei den Hotspots sei auch die Leimenerstraße dabei.

Frau Winter-Horn berichtet, dass ein Vorschlag der Begehung gewesen sei, den Platz als Shared Space auszuweisen. Herr Thewalt erklärt, dass der Begriff Shared Space verkehrsrechtlich völlig offen und für den Bereich absolut ungeeignet sei. Daher bittet er von diesem Begriff in der aktuellen Diskussion Abstand zu nehmen.

Herr Stadtrat Pfeiffer ergänzt, dass der Antrag der GAL gemeinschaftlich mit den Grünen gestellt werde.

Herr Stadtrat Rothfuß ergänzt den **Antrag** (Anlage 03 zur Drucksache 0054/2016/BV) wie folgt (Ergänzungen fett dargestellt):

„Die Verwaltung möge prüfen **und berichten**, wie sich eine Installation von automatischen Pollern in den verkehrsberuhigten Zufahrtsstraßen (u.U. auch nicht verkehrsberuhigte Abschnitte wie Plöck zwischen Ebert-Platz und Märzgasse) der Altstadt verwirklichen lässt.“

Bürgermeister Dr. Gerner stellt den modifizierten **Antrag** mit Ergänzung der GAL-Gemeinderatsfraktion, Heidelberg pflegen und erhalten und der Grünen zur Abstimmung:

„Die Verwaltung möge prüfen und berichten, wie sich eine Installation von automatischen Pollern in den verkehrsberuhigten Zufahrtsstraßen (u.U. auch nicht verkehrsberuhigte Abschnitte wie Plöck zwischen Ebert-Platz und Märzgasse) der Altstadt verwirklichen lässt.“

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 13:00:00 Stimmen

Anschließend stellt Bürgermeister Dr. Gerner den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat, der Durchführung eines Sicherheitsaudits in Heidelberg für eine Laufzeit von zwei Jahren und eines diesbezüglichen Vergabeverfahrens zuzustimmen. Der Sachaufwand für das Sicherheitsaudit beträgt voraussichtlich 200.000 Euro. Die Personalkosten für die Begleitung des Auditors betragen voraussichtlich 60.000 Euro pro Jahr für die Dauer von 2 Jahren.

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 16.03.2016

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 16.03.2016

7.1 Sicherheitsaudit in Heidelberg Beschlussvorlage 0054/2016/BV

Oberbürgermeister Dr. Würzner weist auf das Beratungsergebnis des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 02.03.2016 hin, in dem zusätzlich zur Beschlussempfehlung ein Antrag auf Prüfung einer Installation von automatischen Pollern in Zufahrtsstraßen der Altstadt (Anlage 03 zur Drucksache 0054/2016/BV) modifiziert und beschlossen worden sei.

Stadtrat Holschuh geht ebenfalls auf das Beratungsergebnis des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses ein. Bürgermeister Dr. Gerner habe zugesagt, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses den Sachverhalt zur Leimer Straße zu prüfen und das Ergebnis vorzutragen. Diese Antwort fehle ihm heute. Er wolle konkret wissen, wie es mit der Leimer Straße weitergehe und welche Kosten man gegebenenfalls im Haushalt ansetzen müsse. Der Handlungsbedarf an dieser Stelle sei mit höchster Priorität vom Bezirksbeirat angesprochen worden und er hoffe, dass kein Unglück geschehe, bevor etwas unternommen werde.

Herr Thewalt, Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement, berichtet, es gebe bisher keine entsprechende Planung, daher könne er auch keine Kosten oder Zahlen nennen. In einer Vorlage vor einiger Zeit habe sein Amt dargelegt, welche Straßenplanungen in diesem Doppelhaushalt aus Kapazitätsgründen nicht mehr gemacht werden können. Hierin sei auch die Leimer Straße enthalten gewesen (siehe Drucksache 0226/2015/IV). Als einzig mögliche kurzfristige Maßnahme, die für etwas mehr Verkehrssicherheit an dieser Stelle Sorge, könnte das Parken intensiver kontrolliert oder möglicherweise auch nach einer verkehrsrechtlichen Prüfung das Parken generell untersagt werden. Zum Zeitrahmen führt er aus, man könne frühestens 2017 in die Planungen einsteigen und Kosten ermitteln, die dann im nächsten Doppelhaushalt (2019/2020) angemeldet werden könnten. Er betont abschließend, es gebe viele Straßen in Heidelberg, die im Fokus stünden und man sei froh um jedes Stück Straße, in dem kein Unfall geschehe.

Stadtrat Holschuh kann nicht nachvollziehen, warum trotz hoher Priorität noch nicht einmal die Kosten ermittelt werden konnten. Er nehme die Information nun jedoch so zur Kenntnis, bitte aber darum, das Parken intensiver zu kontrollieren und die Möglichkeit eines Parkverbots zu prüfen.

Nachdem es keinen weiteren Aussprachebedarf gibt, stellt Oberbürgermeister Dr. Würzner den Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses mit dem dort beschlossenen Arbeitsauftrag und der heutigen Bitte von Stadtrat Holschuh zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses (Arbeitsaufträge **fett** dargestellt):

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, der Durchführung eines Sicherheitsaudits in Heidelberg für eine Laufzeit von zwei Jahren und eines diesbezüglichen Vergabeverfahrens zuzustimmen. Der Sachaufwand für das Sicherheitsaudit beträgt voraussichtlich 200.000 €. Die Personalkosten für die Begleitung des Auditors betragen voraussichtlich 60.000 €/Jahr für die Dauer von 2 Jahren.

Es ergehen folgende Arbeitsaufträge:

- **Die Verwaltung prüft und berichtet, wie sich eine Installation von automatischen Pollern in den verkehrsberuhigten Zufahrtsstraßen (unter Umständen auch nicht verkehrsberuhigte Abschnitte wie Plöck zwischen Friedrich-Ebert-Platz und Märzgasse) der Altstadt verwirklichen lässt.**
- **Als kurzfristige Maßnahme soll das Parken in der Leimer Straße intensiver vom Gemeindevollzugsdienst kontrolliert werden. Zudem soll eine verkehrsrechtliche Prüfung erfolgen, ob das Parken dort generell untersagt werden kann.**

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Enthaltung 1

Sitzung des Gemeinderates vom 23.03.2016

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 23.03.2016:

12.1 Sicherheitsaudit in Heidelberg Beschlussvorlage 0054/2016/BV

Nach dem Hinweis von Oberbürgermeister Dr. Würzner auf den Arbeitsauftrag aus dem Haupt- und Finanzausschuss vom 16.03.2016

Es ergehen folgende Arbeitsaufträge:

Die Verwaltung prüft und berichtet, wie sich eine Installation von automatischen Pollern in den verkehrsberuhigten Zufahrtsstraßen (unter Umständen auch nicht verkehrsberuhigte Abschnitte wie Plöck zwischen Friedrich-Ebert-Platz und Märzgasse) der Altstadt verwirklichen lässt.

Als kurzfristige Maßnahme soll das Parken in der Leimer Straße intensiver vom Gemeindevollzugsdienst kontrolliert werden. Zudem soll eine verkehrsrechtliche Prüfung erfolgen, ob das Parken dort generell untersagt werden kann.

weist Stadtrat Kutsch darauf hin, dass die beiden letzten Fragen des Antrages der CDU-Fraktion (Antrag Nr. 0008/2016/AN) noch nicht beantwortet seien.

Außerdem bitten wir um Auskunft, in welchem Umfang im Umfeld der Heidelberger Schulen und Kindertagesstätten im Jahr 2015 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt wurden.

Darüber hinaus bitten wir um Auskunft, warum die Vorschläge der Kinderbeauftragten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Altstadt seitens der Stadtverwaltung nicht umgesetzt wurden und was die Entscheidungsgründe hierfür waren.

Oberbürgermeister Dr. Würzner sagt eine schriftliche Antwort zu. Ferner könnte er sich vorstellen, dass man sich mit einem extra Tagesordnungspunkt damit beschäftigt, welche Vorschläge sinnvoll seien und wie mit diesen in welchen Streckenabschnitten umgegangen werden können und welche anderen „Schwellen-/Poller-Möglichkeiten“ es gebe.

Mit dieser Zusage stellt er die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses mit den dort und den heute gefassten Arbeitsaufträgen zur Abstimmung.

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat stimmt der Durchführung eines Sicherheitsaudits in Heidelberg für eine Laufzeit von zwei Jahren und eines diesbezüglichen Vergabeverfahrens zu. Der Sachaufwand für das Sicherheitsaudit beträgt voraussichtlich 200.000 €. Die Personalkosten für die Begleitung des Auditors betragen voraussichtlich 60.000 €/Jahr für die Dauer von 2 Jahren.

Es ergehen folgende Arbeitsaufträge:

- **Die Verwaltung prüft und berichtet, wie sich eine Installation von automatischen Pollern in den verkehrsberuhigten Zufahrtsstraßen (unter Umständen auch nicht verkehrsberuhigte Abschnitte wie Plöck zwischen Friedrich-Ebert-Platz und Märzgasse) der Altstadt verwirklichen lässt.**
- **Als kurzfristige Maßnahme soll das Parken in der Leimer Straße intensiver vom Gemeindevollzugsdienst kontrolliert werden. Zudem soll eine verkehrsrechtliche Prüfung erfolgen, ob das Parken dort generell untersagt werden kann.**
- **Die noch offenen Fragen der CDU-Fraktion werden schriftlich beantwortet sowie ein extra Tagesordnungspunkt zu den Handlungsmöglichkeiten wie zum Beispiel Schwellen / Poller angekündigt.**

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: einstimmig beschlossen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

1. Kinderfreundliche Verkehrsplanung

Der Gemeinderat hat im Jahr 2006 die Leitlinien der Kinderfreundlichen Verkehrsplanung verabschiedet. In diesem Zusammenhang werden seit 2010 für jeden Stadtteil Kinderwegepläne erstellt. Die Förderung der selbstständigen Mobilität von Kindern ist ein wichtiges Anliegen der Stadt Heidelberg. Das gilt nicht nur für die Schulwege, sondern auch für Wege zu Spiel- und Sportplätzen, Kinderfreizeiteinrichtungen und ÖPNV-Haltestellen. Bei der Festlegung des Kinderwegenetzes sind die Kinderbeauftragten, die Schulen und Kindertagesstätten des jeweiligen Stadtteils, sowie das Amt für Verkehrsmanagement und die Polizei beteiligt. Bei Ortsbegehungen werden Verbesserungsvorschläge für das Kinderwegenetz gesammelt und geprüft. Bisher sind nahezu 160 Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit umgesetzt worden. Im Haushalt sind dafür derzeit jährlich Finanzmittel in Höhe von 100.000 € vorgesehen. Weitere Maßnahmen werden im Rahmen von Strassenbaumaßnahmen mit umgesetzt. Von Seiten der Eltern werden auch immer wieder Verbesserungsvorschläge an das Amt für Verkehrsmanagement herangetragen und geprüft. Bisher sind bis auf Schlierbach und Ziegelhausen für jeden Stadtteil Kinderwegepläne erstellt. Für die verbleibenden Stadtteile werden die Pläne bis Sommer 2016 angefertigt.

2. Sicherheitsaudit in Heidelberg

Aufgrund des tödlichen Unfalls eines 9-jährigen Jungen in der Theaterstraße möchte die Stadt Heidelberg zusätzlich ein Sicherheitsaudit (Betriebsaudit) im Bereich von Schulen, Kitas und Kindergärten, Spielplätzen, sowie an Senioreneinrichtungen durchführen, um die Verkehrssicherheit insbesondere für Kinder zu verbessern. Im Rahmen dieses Verfahrens soll ein externer Experte beauftragt werden, sämtliche potenzielle Gefahrenstellen in der Stadt rund um Kindergärten, Schulen, Spielplätze und Senioreneinrichtungen zu begutachten. Dabei werden auch die in den Kinderwegeplänen gekennzeichneten Gefahrenstellen untersucht werden und gegebenenfalls werden weitere Wegebeziehungen überprüft werden. Es wird dabei eine enge Abstimmung mit Schul- oder Kitaleitung, Kinderbeauftragten und der Polizei geben. Vor dem Hintergrund vieler notwendiger Orts- und Abstimmungstermine werden die Audits voraussichtlich etwa zwei Jahre dauern.

2.1. Zertifizierung

Bei einem Sicherheitsaudit handelt es sich um eine systematische und unabhängige Ermittlung der möglichen Sicherheitsdefizite von Straßen. Grundlage des Sicherheitsaudits in Deutschland bilden die „Empfehlungen für das Sicherheitsaudit von Straßen (ESAS)“. Die ESAS ergänzen das technische Regelwerk, nach dem Straßen für den öffentlichen Verkehr in Deutschland geplant, gebaut und betrieben werden. In Deutschland existieren bereits einige praktische Erfahrungen aus verschiedenen Bundesländern.

2.2. Prozess

Das Ziel des Sicherheitsaudits ist die Optimierung der Verkehrssicherheit. Das Audit kann dabei in verschiedene Phasen eines Projekts von der Planungsphase bis zur Verkehrsfreigabe integriert werden. Innerorts ist in allen Phasen eine Ortsbesichtigung unverzichtbar. Der Vorgang selbst beginnt dabei mit einer „virtuellen Teilnahme“ am Verkehrsgeschehen, das heißt, man versetzt sich in die Rolle eines Verkehrsteilnehmers und durchgeht den zu untersuchenden Verkehrsraum. Innerhalb der Stadt beginnt man dabei idealerweise mit dem Fußverkehr. Mögliche Fragestellungen lauten dabei, ob besondere Querungshilfen für Fußwege beispielsweise aufgrund von Schulwegen notwendig sind. Abschließend erstellt der Auditor einen Bericht, in dem alle festgestellten Sicherheitsdefizite aufgeführt sind.

Zurzeit erhält das Amt für Verkehrsmanagement sehr viele Schreiben von Bürgerinnen und Bürgern mit Anregungen und Vorschlägen zur Verbesserung der Verkehrssituation in Heidelberg. Das Amt für Verkehrsmanagement führt diese Vorschläge in einer Liste zusammen (Anlage 01) und wird diese dem externen Auditor zur Verfügung stellen. Die Liste wird im Laufe dieses Prozesses fortgeführt werden und die Vorschläge werden ebenfalls vom externen Auditor geprüft. Die Kinderbeauftragten erstellen ebenfalls auf Grundlage des Stadtplans eine Liste, in der auch Verbesserungsvorschläge für die Verkehrssicherheit benannt werden (Anlage 02), die ebenfalls in diesen Prozess einfließen wird.

3. Kosten

Der Sachaufwand für die Erstellung eines Sicherheitsaudits wird auf rund 200.000 Euro geschätzt. Die Mittel werden voraussichtlich in Höhe von rund 50.000 € im Jahr 2016 und 150.000 € in den Jahren 2017 und 2018 abfließen. Die im Jahr 2016 benötigten Mittel werden aus dem Budget des Teilhaushaltes Amt 81 finanziert. Für die Jahre 2017 und 2018 müssen die benötigten Mittel von 150.000 € unter der Voraussetzung der Finanzierbarkeit im Doppelhaushalt 2017/2018 zur Verfügung gestellt werden. Maßnahmen, die sich bereits während der Laufzeit der Gesamtuntersuchung als sinnvoll und machbar herausstellen, sollen sofort umgesetzt werden. Die Kosten für die Umsetzung von Maßnahmen, die aus dem Sicherheitsaudit resultieren, können mit den im Teilhaushalt des Amtes 81 unter den Haushaltspositionen „Kinderfreundliche Verkehrsplanung“ und „Verbesserung Querungssituation für Fußgänger“ zur Verfügung stehenden Mittel finanziert werden. Eine Erhöhung dieser Mittel im nächsten Doppelhaushalt ist zu prüfen.

Für die fachliche Begleitung des Auditors und die rasche Prüfung der Umsetzung/Planung von Maßnahmen wird Personal im Umfang von einer Vollzeitstelle (Verkehrsingenieur/Verkehrsingenieurin) benötigt. Die Kosten hierfür betragen ca. 60.000 €/Jahr für die Dauer von zwei Jahren. Im Personalkostenbudget stehen keine entsprechenden Mittel zur Verfügung. Die entsprechenden Personalkosten müssen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Im Zuge des Sicherheitsaudits sollen auch alle Kinderwegepläne überprüft und überarbeitet werden.

4. Vergabe

Der zu beauftragende Experte wird im Rahmen eines Vergabeverfahrens ausgewählt, an dem drei geeignete Bauingenieurbüros beteiligt werden. Eine öffentliche Ausschreibung ist aufgrund des Auftragswerts nicht erforderlich. Die Büros müssen zum Nachweis ihrer Eignung eine Zertifizierung nach ESAS belegen. Nach Eingang der Angebote finden Vergabegespräche statt, in denen die Büros insbesondere ihre Herangehensweise an die Aufgabenstellung erläutern (ggfs. anhand eines Referenzprojekts). Im Anschluss daran erfolgt eine Auswahl, bei der neben dem Preis auch die vorgestellte Herangehensweise und der Gesamteindruck des Angebots in den Blick genommen werden. Die Erteilung des Zuschlags erfolgt nach Abschluss des Verfahrens in Verwaltungszuständigkeit.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Bei den Kinderwegeplänen wurden die Belange von Menschen mit Behinderung nicht berücksichtigt, da dies eines anderen planungsverfahren bedarf. Beim Sicherheitsaudit werden die Belange je nach Situation berücksichtigt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
MO1	+	Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern Begründung: Maßnahme erhöht die Sicherheit im Verkehr Ziel/e:
SOZ6 SOZ12		Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen Selbstbestimmung alter, behinderter oder kranker Menschen Begründung: Maßnahme erhöht die sichere Mobilität von Kindern und älteren, behinderten oder kranken Menschen

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Anregungen und Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssicherheit – Alt
01	Anregungen und Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssicherheit – Aktualisiert
02	Hot-Spots der Kinderbeauftragten
03	Sachantrag der Fraktionsgemeinschaft GAL & HD P. & E. vom 02.03.2016